

Sebastian Rojek

Meldebogenerzählungen

Bewerbung um die Teilnahmeberechtigung an der Demokratie

Der 5. März 1946 war eine Zäsur in der frühen Nachkriegszeit. Denn an diesem Tag trat in der amerikanischen Besatzungszone das *Gesetz zur Befreiung von Militarismus und Nationalsozialismus* in Kraft.¹ Das Gesetz forderte alle volljährigen Deutschen dazu auf, unter Androhung von Sühneleistungen (bis zu zehn Jahren Arbeitslager, Vermögenseinzug, Geldstrafe, Berufsverbote, Verbot der politischen Betätigung), in einem ordnungsgemäßen und aus mehreren Instanzen bestehenden sogenannten Spruchkammerverfahren Rechenschaft über ihre (politische) Tätigkeit während der Herrschaft des Nationalsozialismus abzulegen. Es ging mithin um eine individuelle, erzählerische Bewältigung der zurückliegenden Diktatur und ihrer beispiellosen Verbrechen. Zur Umsetzung des Gesetzes wurde eigens ein Ministerium gegründet, dem in Württemberg-Baden der Sozialdemokrat Gottlob Kamm (1897–1973) vorstand, der während der NS-Herrschaft aus politischen Gründen zeitweise inhaftiert gewesen war.² Trotzdem wies Kamm jegliche Rachegedanken von sich und bemühte sich um eine Integration seiner Mitbürger in die neue Demokratie. In seinen Äußerungen über Sinn und Zweck des Entnazifizierungsprojekts bediente er sich – wie auch zahlreiche andere Ak-

Der Beitrag stellt Teilergebnisse und Thesen eines Buches vor, das sich der Rekonstruktion des gesellschaftlichen Erzählhaushaltes während der Entnazifizierung im deutschen Südwesten widmet. Vgl. Sebastian Rojek: Entnazifizierung und Erzählung. Geschichten der Abkehr vom Nationalsozialismus und vom Ankommen in der Demokratie. Stuttgart 2023, hier zu den Meldebogenerzählungen bes. S. 177–262. Der Verfasser dankt der Baden-Württemberg-Stiftung für die großzügige Finanzierung dieses Forschungsprojekts.

1 Gesetz Nr. 104 zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus (05.03.1946). In: Regierungsblatt der Regierung Württemberg-Baden Nr. 8. Das Gesetz wurde auch vollständig in der Presse bekannt gegeben: Stuttgarter Zeitung 19 (06.03.1946). Vgl. zur Genese dieses Gesetzes Lutz Niethammer: Entnazifizierung in Bayern. Säuberung und Rehabilitierung unter amerikanischer Besatzung. Frankfurt a. M. 1972, S. 260–332; Kathrin J. Nawyn: „Striking at the Roots of German Militarism“. Efforts to Demilitarize German Society and Culture in American-Occupied Württemberg-Baden, 1945–1949, Diss. Chapel Hill 2008, S. 173–189, online abrufbar unter <https://cdr.lib.unc.edu/concern/dissertations/9s161645k?locale=en> [Zugriff: 14.12.2023]; Rojek: Entnazifizierung, S. 30–33.

2 Vgl. ausführlich zur Rolle und Bedeutung Gottlob Kamms: Rojek: Entnazifizierung, bes. S. 32–34, 156–176.

teure – einer Metaphorik, welche den Nationalsozialismus als politische Infektionskrankheit und die Entnazifizierungsverfahren als Quarantäne begriff. Die Überprüfung sollte zeigen, wer noch infiziert und wer bereits wieder genesen sei. Diese Sprache formulierte also ein Angebot an die Bevölkerung, sich als zufällig oder jedenfalls unschuldig Erkrankte zu verstehen, die nun wieder gesunden konnten.³

Das Gesetz gab diejenigen Kategorien vor, in welche die Bevölkerung nun lernen musste, sich einzuordnen: Hauptschuldige, Belastete, Minderbelastete, Mitläufer und Entlastete. Damit entstanden auch neue Begriffe einer Sprache der Entnazifizierung.⁴ Jeder Deutsche, der älter als 18 Jahre alt war, musste einen Meldebogen ausfüllen, auf dessen Grundlage die weitere Behandlung seines Falles beruhte. Das Verfahren zeichnete sich zudem durch eine Beweislastumkehr aus, mussten doch die Betroffenen Nachweise dafür erbringen, dass sie keine aktiven Nationalsozialisten gewesen waren, anstatt umgekehrt.

Der vorliegende Beitrag widmet sich anhand der Meldebögen der damit aufgeworfenen erzählerischen Herausforderung für ‚ganz normale‘ Deutsche. Diese enorme Herausforderung traf die Mehrheit der Menschen in Deutschland, hatten sich doch ca. „69 Millionen Deutsche“ als Mitglieder in NS-Organisationen betätigt.⁵ Im Fokus stehen ca. 30.000–32.000 zufällig ausgewählte Bögen aus Württemberg-Baden, die sich auf ländliche und städtische Räume beziehen und heute im Staatsarchiv Ludwigsburg lagern. Ziel ist es, diejenigen Erzählungen zu identifizieren und zu kategorisieren, mit denen die Befragten versuchten, den Behörden ihr Leben im ‚Dritten Reich‘ zu erklären. Es geht also nicht um eine quantitative,

³ Vgl. grundlegend zur politischen Metaphorologie der Entnazifizierung: Rojek: Entnazifizierung, S. 84–112; auch ders.: Die vom „NS-Bazillus“ Infizierten unter Quarantäne stellen? Metaphorologische Einsichten in die Ziele der Entnazifizierung in Württemberg-Baden. In: Völkisches Denken 1848 bis 1948. Von der Paulskirche über Weimar zum Petersberg, hg. v. Julien Reitzenstein, Dirk Rupnow und Bernd-A. Rusinek. Berlin/Boston 2023, S. 297–308.

⁴ Hugo Steger: Sprache im Wandel. In: Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 4: Kultur, hg. v. Wolfgang Benz. Frankfurt a. M. 1989, S. 13–53, hier S. 14.

⁵ Armin Nolzen: Die NSDAP, der Krieg und die deutsche Gesellschaft. In: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 9.1: Die Deutsche Kriegsgesellschaft 1939 bis 1945: Politisierung, Vernichtung, Überleben, hg. v. Jörg Echternkamp. München 2004, S. 99–193, hier S. 102. Vgl. zum hohen Organisationsgrad der NSDAP auch ders.: Inklusion und Exklusion im „Dritten Reich“. Das Beispiel der NSDAP. In: Volksgemeinschaft. Neue Forschungen zur Gesellschaft des Nationalsozialismus, hg. v. Frank Bajohr und Michael Wildt. Frankfurt a. M. 2009, S. 60–77; Mario Wenzel: Die NSDAP, ihre Gliederungen und angeschlossenen Verbände. Ein Überblick. In: Wie wurde man Parteigenosse? Die NSDAP und ihre Mitglieder, hg. v. Wolfgang Benz. Frankfurt a. M. 2009, S. 19–38; Hans-Ulrich Thamer: Die NSDAP. Von der Gründung bis zum Ende des Dritten Reiches. München 2020, S. 90–96.

sondern um eine qualitative Analyse.⁶ Mit den Meldebögen richtet sich der Blick nicht auf das Ende der Entnazifizierung, sondern auf ihren Beginn. Denn als die Formulare im Frühjahr 1946 verteilt wurden, wusste die befragte Bevölkerung keineswegs, dass das Verfahren Jahre später für die übergroße Mehrheit glimpflich ausgehen würde. Was also erzählten die Menschen in dieser Situation?

Aus der hier gewählten Perspektive lässt sich die Entnazifizierung als ein aufwendiges Erzählprojekt verstehen, das jeden Einzelnen aufforderte, eine plausible oder kohärente Lebensgeschichte mit politischem Fokus zu präsentieren.⁷ Es handelte sich gewissermaßen um ein Bewerbungsverfahren mit dem Ziel einer unbelasteten Teilnahme am wirtschaftlichen und politischen Leben der ins Auge gefassten neuen Demokratie. Der Philosoph Bazon Brock hat darauf hingewiesen, dass jedes moderne Subjekt einer „Biographiepflcht“ unterliege.⁸ Seit dem Anbruch der Moderne um 1800 besteht ein verstärktes Interesse von Staat und Wirtschaft an den Biografien von Bürgern oder Bewerbern und in dieser Zeit entwickelte sich auch die bis heute bestehende „Kulturtechnik der Bewerbung“⁹ mittels eines Lebenslaufs.

Tatsächlich lassen sich einige Parallelen zwischen der Bewerbung und dem Entnazifizierungsverfahren aufzeigen. Denn in beiden Fällen geht es darum, „Werbung für die eigene [...] Person zu machen.“¹⁰ Es handelt sich jeweils um ein mehrstufiges Verfahren, das mit einer schriftlichen Bewerbung beginnt, die Aufschluss über das biografische Kapital der jeweiligen Person gibt und das Ziel verfolgt, potenzielle Arbeitgeber beziehungsweise die Behörden von sich zu überzeugen. Zu diesem Zweck müssen bisherige Lebensdaten entsprechend arrangiert, präsentiert und argumentativ geordnet werden, um einen Persuasionseffekt zu erzielen, der zu (wenigstens oder mindestens) einem Vorstellungsgespräch führt.¹¹ Wie in der Wirtschaft, so galt auch im Falle der Entnazifizierung, dass „Lebensläu-

6 Vgl. das Eintreten für eine qualitative Analyse von Massenquellen bei Ulrike Weckel: Plädoyer für Rekonstruktionen der Stimmenvielfalt. Rezeptionsforschung als Kulturgeschichte. In: *Geschichte und Gesellschaft* 45 (2019), S. 120–150; siehe auch Heinrich Popitz u. a.: *Das Gesellschaftsbild des Arbeiters. Soziologische Untersuchungen in der Hüttenindustrie* [1957]. Tübingen 1977, S. 185.

7 Vgl. auch den Beitrag von Hanne Lefau in diesem Band.

8 Bazon Brock: Von der Notwendigkeit, ein historisches Bewußtsein auszubilden. In: Ders.: *Der Barbar als Kulturheld. Gesammelte Schriften III: 1991–2002*, hg. v. Anna Zika. Köln 2002, S. 136–151, hier S. 138.

9 Timo Luks: In eigener Sache. Eine Kulturgeschichte der Bewerbung. Hamburg 2022, S. 15; vgl. auch ders.: *Die Bewerbung. Eine Kulturtechnik des 19. Jahrhunderts*. In: *Merkur* 73.844 (2019), S. 34–45.

10 Sabine Wanek: *Bewerbung*. In: *Historisches Wörterbuch der Rhetorik*, Bd. 10: *Nachträge*, hg. v. Gert Ueding. Berlin/Boston 2012, Sp. 136–146, hier Sp. 137.

11 Wanek: *Bewerbung*, Sp. 137–145.

fe [...] nur interessant [sind], wenn sich daraus etwas über zukünftiges Verhalten des Bewerbers erfahren lässt.“¹² Im Idealfall gelang es den Bürgerinnen und Bürgern, sich schon im Meldebogen als zukünftige gute Demokraten zu präsentieren und eine Vorladung vor die Spruchkammer durch die knappe Erzählung ihres Lebens zu vermeiden.

„Die meisten Menschen“, so hat der Schriftsteller Robert Musil im *Mann ohne Eigenschaften* formuliert, „sind im Grundverhältnis zu sich selbst Erzähler [...], sie lieben das ordentliche Nacheinander von Tatsachen, weil es einer Notwendigkeit gleichsieht und fühlen sich durch den Eindruck, daß ihr Leben einen ‚Lauf‘ habe, irgendwie im Chaos geborgen.“¹³ Diese Beobachtung wird inzwischen auch in der Erzählforschung reflektiert. Ihr gilt die Fähigkeit des Erzählens als eine wesentliche menschliche Kompetenz, die für das Sozialleben und das subjektive Selbstverständnis eine hohe Bedeutung aufweise.¹⁴ Erzählen gilt dabei als „eine grundlegende Form unseres Zugriffs auf Wirklichkeit.“¹⁵ Dieser Wirklichkeitszugriff spielte auch für die Entnazifizierung eine große Rolle, denn nun mussten die Befragten versuchen, ihr Leben und die den Behörden bekannten Fakten – etwa über mögliche Mitgliedschaften in der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen – in eine möglichst sinnvolle Erzählung zu verwandeln. Sie mussten, um mit Robert Musil zu sprechen, dafür sorgen, dass „in den Faden des Lebens auch ein wenig ‚weil‘ und ‚damit‘ hineingeknüpft wird.“¹⁶ Doch wie lassen sich die einzelnen Elemente eines Lebens mit entsprechenden Konjunktionen so verbinden, dass ein Lebenslauf entsteht? Wie lässt sich eine kohärente Geschichte der persönlichen

12 Brock: Notwendigkeit, S. 151; vgl. auch Martin Kohli: Die Institutionalisierung des Lebenslaufs. Historische Befunde und theoretische Argumente. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 37 (1985), S. 1–29, hier S. 15.

13 Robert Musil: Der Mann ohne Eigenschaften. Roman, hg. v. Adolf Frisé. Reinbek bei Hamburg 1978, S. 650.

14 Günter Blamberger: Poetik der Biographie. Über Konstruktionsprinzipien von Lebensgeschichten. In: Der Mensch als Konstrukt. Festschrift für Rudolf Drux zum 60. Geburtstag, hg. v. Rolf Füllmann u. a. Bielefeld 2008, S. 359–371, hier S. 366f.; Matias Martínez und Michael Scheffel: Einführung in die Erzähltheorie [1999]. München 2007; Robert Vellusig: Zeitgestalten. Über das Erleben, Erinnern und Erzählen. In: Ders.: Das Erlebnis und die Dichtung. Studien zur Anthropologie und Mediengeschichte des Erzählens. Göttingen 2013, S. 51–71; zur Anthropologie des Erzählens auch Dieter Claessens: Das Konkrete und das Abstrakte. Soziologische Skizzen zur Anthropologie. Frankfurt a. M. 1980, S. 165; Albrecht Koschorke: Wahrheit und Erfindung. Grundzüge einer Allgemeinen Erzähltheorie. Frankfurt a. M. 2012, bes. S. 9–25.

15 Christian Klein und Matias Martínez: Wirklichkeitserzählungen. Felder, Formen und Funktionen nicht-literarischen Erzählens. In: Wirklichkeitserzählungen. Felder, Formen und Funktionen nicht-literarischen Erzählens, hg. v. dens. Stuttgart/Weimar 2009, S. 1–13, hier S. 1.

16 Musil: Mann, S. 650.

Entwicklung erzählen, wenn Brüche und Diskontinuitäten die eigenen Erfahrungen auszeichnen, wenn große Zäsuren stattfinden und wechselnde Erwartungen an das eigene politische oder moralische Verhalten herangetragen werden? Diesen Fragen widmet sich der vorliegende Beitrag, dem es darum geht, was und wie die Menschen sich in ihren Meldebögen mitteilten. Im Folgenden wird zunächst vorgestellt, wie der Meldebogen aussah und welche Funktionen er erfüllen sollte (1.), bevor anschließend zentrale, wiederkehrende Erzählmuster diskutiert werden (2.–3.). Denn trotz der Individualität der jeweils den Bogen ausfüllenden Personen lassen sich einige informative Kategorien etablieren, welche helfen, die Vielfalt der in den Quellen anzutreffenden Darstellungen zu ordnen. Das Fazit erörtert, was diese Ergebnisse für das Erzählprojekt der Entnazifizierung und die Demokratiegründung bedeuteten (4.).

1 Der Meldebogen – Form und Funktion eines Lückentextes

Die Meldebögen stellten für die breite Bevölkerung die erste Gelegenheit innerhalb des Entnazifizierungsprozesses dar, sich selbst zu präsentieren bzw. zu rechtfertigen. In Württemberg-Baden wurden die Bögen ab März 1946 verteilt und die Presse informierte darüber, dass die ausgefüllten Exemplare bis zum 28. April abzugeben seien.¹⁷ Die Textgattung „Fragebogen“ galt insbesondere den alliierten Behörden als „das Genialste, was es in Deutschland gibt“¹⁸, denn der Bogen konnte einerseits dazu dienen, die riesige Überprüfungsaufgabe von Millionen Menschen handhabbar zu machen, andererseits aber auch dazu, die Machtposition derjenigen zu unterstreichen, die nun die Bevölkerung befragen konnten. Schon die Alliierten hatten begonnen, die Vergangenheit der Bürgerinnen und Bürger anhand eines langen Fragebogens zu erkunden, bevor diese Aufgabe an die Deutschen übertragen wurden, die nun den kürzeren sogenannten Meldebogen benutzten.

¹⁷ Vgl. den Artikel „Die Durchführung des Säuberungsgesetzes“. In: Neue Zeitung 2. Jg., 12.04.1946. In: Hauptstaatsarchiv Stuttgart, Q 1/16 Bü 1.

¹⁸ John Dos Passos: Das Land des Fragebogens [6. November 1945]. In: Ders.: Das Land des Fragebogens. 1945: Reportagen aus dem besiegten Deutschland. Übers. v. Michael Kleeberg. Hamburg 1999, S. 7–48, hier, S. 22. Allgemein zur Genese und (kulturellen) Bedeutung des Fragebogens in der Nachkriegszeit Werner Sollors: „Everybody Gets Fragebogened Sooner or Later“: The Denazification Questionnaire as Cultural Text. In: German Life and Letters 71.2 (2018), S. 139–153; siehe auch die deutsche Übersetzung des Beitrags in diesem Band.

Bei dem doppelseitig bedruckten Papier handelte es sich um eine Form des Gebrauchstextes, also eine Textsorte, die insbesondere für „institutionelle Kommunikation bestimmte Texte“ umfasst.¹⁹ Die Melde- und Entnazifizierungsfragebögen erwarteten keine rhetorisch ausgefeilten Antworten, minimierten den gestalterischen Spielraum im Vorhinein und ließen doch einige Freifelder für individuelle Ausdrucksformen. Sie können somit als „Texte mit Lücken“ gelten.²⁰ Damit gehört der Bogen zu denjenigen Medien der Verwaltung, die sich als „Formular“ bestimmen lassen, also die „Sorte von Schriftstücken, die [...] an der Schnittstelle zwischen Bürokratien und Publikum“ verortet ist.²¹ Mit „Formularen und Vordrucken“ möchten die Behörden, den „Bürger [...] zur aktiven Mitwirkung an ‚seiner‘ Verwaltung und damit zu Akten der selektiven Selbstdokumentation“ auffordern.²² Hinsichtlich der erzeugten Kommunikationssituation lässt sich die Textsorte des Meldebogens aber noch weiter spezifizieren.

Der Schriftsteller und Machtanalytiker Elias Canetti (1905–1994) hat in seinem unorthodoxen Klassiker *Masse und Macht* (1960) darauf aufmerksam gemacht, dass jede Frage „ein Eindringen“ in das Leben einer Person und damit ein „Mittel der Macht“ darstelle.²³ Canetti geht davon aus, dass jeder Fragensteller das Leben der Befragten unterbreche und diese dazu zwingt, „sich zu besinnen.“²⁴ Zweifellos kann der Gefragte die Antwort verweigern, die Frage falsch beantworten, irgendwie auszuweichen versuchen usw., aber er wird in jedem Fall in eine Machtsituation verwickelt, die sich umso asymmetrischer gestaltet, je mehr Fragen der Befragte dem Fragensteller beantworten muss. Man muss sich zur Befragungssituation verhalten. Nach Canetti stellen staatliche Organisationen ganz bestimmte Fragen, die „im wesentlichen der Sicherung und der Ordnung“ dienen, nämlich diejenigen nach

19 Jan-Dirk Müller: Gebrauchsliteratur. In: Historisches Wörterbuch der Rhetorik, Bd. 3, hg. v. Gert Ueding. Tübingen 1996, Sp. 587–604, hier Sp. 588.

20 Dirk Baecker: Texte mit Lücken. In: Das Formular, hg. v. Peter Plener, Niels Werber und Burkhardt Wolf. Berlin 2021, S. 3–17, hier S. 3.

21 Friedrich Balke: Ausfüllen/Überfüllen. Wie Ernst von Salomon den „großen Fragebogen“ beantwortete. In: Plener/Werber/Wolf (Hg.): Formular, S. 125–138, hier S. 125. Allg. auch Rainer Paris: Soziologie des Formulars. In: Ders.: Normale Macht. Soziologische Essays. Konstanz 2005, S. 189–192.

22 Balke: Ausfüllen, S. 125; vgl. auch Niels Werber: Zum Formular der Moderne. In: Plener/Werber/Wolf (Hg.): Formular, S. 19–33, hier bes. S. 23.

23 Elias Canetti: *Masse und Macht* [1960]. Frankfurt a. M. 1980, S. 317. Vgl. zur „Macht der Fragestellung“ auch die Überlegungen zur instrumentellen Macht bei Heinrich Popitz: *Phänomene der Macht* [1986]. 2., stark erw. Aufl. Tübingen 1992, S. 79–103, bes. S. 81f.

24 Canetti: *Masse*, S. 318.

„Identität und Ort“, nach Beruf, Lebensalter, Familienstand und Staatsangehörigkeit. „Mit alledem – zu Bild und Unterschrift – ist schon viel festgestellt.“²⁵

Tatsächlich bilden solche ordnungsstiftenden Fragen auch den Katalog ab, den die Befragten nach Kriegsende im Meldebogen beantworten mussten. Insbesondere bei Fragen – so Canetti weiter –, die mit Schuldvorwürfen oder potenziellen Strafen verknüpft sind, sei der Befragte der „weitaus Schwächere“, der nur dann aus der Situation herauskäme, „wenn er glaubhaft macht, daß er kein Feind ist.“²⁶ Diese Erkenntnisse Canettis lassen sich auf den bürokratisierten Befragungsprozess während der Entnazifizierung anwenden. Denn die neue Herrschaft etablierte sich als eine Ordnung, welche die Macht hatte, das Vorleben ihrer Bürgerinnen und Bürger zu erfragen und verstärkte damit den Rechtfertigungsdruck, der für das lebensgeschichtliche Erzählen ohnehin konstitutiv ist.²⁷ Für die Befragten kam es nun darauf an, anhand ihres Lebenslaufs zu demonstrieren, dass sie für die neuen politischen Verhältnisse keine Gefahr seien, mindestens keine Feinde, vielleicht aber sogar schon immer (heimliche) Unterstützer dieser Ordnung gewesen seien. In jedem Fall traten die Bögen den Befragten als ein Machtmittel entgegen, das mit Sanktionsdrohungen versehen war, denn der Bogen selbst forderte dazu auf, die Fragen sorgfältig zu beantworten, durch eine Unterschrift zu authentifizieren²⁸ und drohte im Falle von Falschangaben mit empfindlichen Strafen. Wie sah dieses Machtinstrument nun aus?

Der übliche Meldebogen bestand aus einem doppelseitig bedruckten Papier, in der Regel im Format DIN A 4. Am oberen Ende fand sich eine Titelzeile, die das Dokument als „Meldebogen auf Grund des Gesetzes zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus vom 5.3.1946“ vorstellte. Fett gedruckte Imperative sollten den richtigen Gebrauch und die rasche Bearbeitung sicherstellen: „Deutlich und lesbar ausfüllen (Druckbuchstaben!) Dickumrahmtes nicht ausfüllen!

²⁵ Canetti: Masse, S. 322.

²⁶ Canetti: Masse, S. 322f.

²⁷ Vgl. Georges Gusdorf: Conditions and Limits of Autobiographies. In: *Autobiography. Essays Theoretical and Critical*, hg. v. James Olney. Princeton, N. J. 1980, S. 24–48, hier S. 36–39; Wolfram Fischer-Rosenthal: Schweigen – Rechtfertigen – Umschreiben. Biographische Arbeit im Umgang mit deutschen Vergangenheiten. In: *Biographien in Deutschland. Soziologische Rekonstruktionen gelebter Gesellschaftsgeschichte*, hg. v. dems. und Peter Alheit. Opladen 1995, S. 43–86, hier S. 52f.; Rolf Haubl: Autobiographisches Erzählen: Sprechen und Schreiben. In: *Das eigene Leben als ästhetische Fiktion. Autobiographie und Professionsgeschichte*, hg. v. Dietrich Erben und Tobias Zervosen. Bielefeld 2018, S. 333–346, hier S. 339.

²⁸ Vgl. zur Geschichte und Funktion von Unterschriften Thomas Macho: Handschrift – Schriftbild. Anmerkungen zu einer Geschichte der Unterschrift. In: *Hand. Schrift. Bild*, hg. v. Toni Bernhart und Gert Gröning. Berlin 2005, S. 111–120.

Jede Frage ist zu beantworten!“. Dickumrahmte Felder sollten von den Beamten bearbeitet werden, während Kästchen und vorgefertigte Zeilen durch die Befragten auszufüllen waren. Zu Beginn standen die klassischen Fragen staatlicher Ordnung: Name, Beruf, aktueller Wohnort, Adresse, Geburtsdatum und -ort, Familienstand sowie sämtliche Wohnorte seit 1933. Anschließend folgten 14 sogenannte Ziffern, die jeweils einzelne Fragen oder Fragekomplexe behandelten und entweder eine abzuarbeitende Liste vorgaben oder offene Fragen stellten, deren Beantwortung allein durch die Länge der vorgegebenen Zeilen beschränkt wurde.

Ziffer eins und zwei richteten sich auf die Mitgliedschaft in nationalsozialistischen Organisationen, den Zeitraum der Mitgliedschaft, die monatlichen Mitgliedsbeiträge, Mitgliedsnummern und den höchsten jeweils erreichten Rang in den jeweiligen Organisationen. Die Ziffern drei bis fünf fragten danach, inwieweit Individuen von ihren Mitgliedschaften finanziell oder beruflich profitiert hatten. Ziffer sechs eruierte die Mitwirkung am Krieg und fragte nach der Mitgliedschaft in der Wehrmacht, in Polizeiformationen oder Infrastrukturorganisationen, die auch in den durch das Deutsche Reich besetzten Gebieten aktiv gewesen waren. Ziffer acht fragte nach den Vermögensverhältnissen. Dies war wichtig, um gegebenenfalls finanzielle Sühneleistungen verhängen zu können. Die Ziffern neun und zehn nahmen das Verhältnis zu den nationalsozialistischen Machthabern in den Blick, während die elfte und zwölfte sich auf die gegenwärtige Berufstätigkeit und gegebenenfalls bereits laufende Entnazifizierungsverfahren konzentrierten. An diesem Punkt hatten alle Ausfüllenden noch einmal die „Richtigkeit und Vollständigkeit“ der Angaben zu bestätigen und wurden darauf hingewiesen, dass „irreführende oder unvollständige Angaben [...] mit Gefängnis oder Geldstrafe bestraft“ werden konnten. Die neue Behörde präsentierte also ihre Sanktionsmittel noch einmal jedem Einzelnen, um der Fiktionalisierung des eigenen Lebenslaufs durch Androhung unangenehmer Konsequenzen Grenzen zu setzen.

Die Ziffern dreizehn und vierzehn beinhalteten die offensten Fragen und boten einige Freizeilen. Es verwundert deshalb nicht, dass gerade diese beiden Ziffern von den Überprüften genutzt wurden, um sich selbst zu präsentieren, Tatsachen einzuordnen oder die Informationen einzutragen, die ihnen bezüglich ihres Falles noch relevant erschienen. Ziffer dreizehn fragte nach der Selbsteinordnung in die Belastungsgruppen des Gesetzes, was aber entweder keiner verstand oder fast alle bewusst falsch beantworteten, denn nahezu niemand hielt sich daran. Insbesondere die Freifelder boten die Möglichkeit, diejenigen Aspekte oder lebensgeschichtlichen Erfahrungen niederzuschreiben, die dabei helfen konnten, alles andere „ins rechte Licht“ zu rücken. Diese wenigen Zeilen galt es klug zu nutzen, wenn das eigene Leben knapp, aber effektiv in verdichteter Weise so erzählt werden sollte, dass aus

Sicht der Ausfüllenden ein erfolgreicher Ausgang des Verfahrens gewährleistet schien.

Diese Doppelseite entschied zunächst über das weitere Schicksal von Millionen von Menschen. Sie war das eigentliche Bewerbungsverfahren um die Partizipationserlaubnis an der Demokratie. Der Umgang mit diesem Dokument enthüllt eine umfangreiche Bandbreite an Geschichten und Umgangsformen, vom Schriftbild, dem Ausdrucksvermögen und der „autobiographische[n], narrative[n] Kompetenz“²⁹ bis hin zu den verwendeten Schreibstiften, eingefügten Fußnoten oder zusätzlichen Eingaben auf angehefteten Blättern. Denn vielen genügte der Bogen offenbar nicht und sie bemühten sich, noch etwas hinzuzufügen, das ihnen wichtig war und ihren Fall angemessen darstellen sollte. Hier trafen also die bürokratischen Abarbeitungsraster und Vorgaben sowie die vielfältigen Kontexte, Relevanzen und Lebensumstände der Betroffenen aufeinander.

Die Beamten prüften im Auftrag des von Gottlob Kamm geleiteten Ministeriums, ob die Angaben mit dem Gesetz und den Durchführungsverordnungen in Einklang standen und leiteten die Bögen entsprechend weiter. Entweder wurde bei der Spruchkammer ein Verfahren eröffnet oder die Bögen erhielten nebst Datum den roten Stempel: „Auf Grund des abgegebenen Meldebogens vom Gesetz nicht betroffen“.³⁰ Die Beamten lasen die Formulare keineswegs naiv und stempelten auch nicht einfach alles ab. Vielmehr ließen sie die Angaben immer wieder prüfen. Die Akten mit den Meldebögen sind deshalb durchzogen von Anfragen an die Amerikaner, die anhand der von ihnen sichergestellten Dokumente abglichen, ob etwa Mitgliedschaften in NS-Organisationen korrekt angegeben worden waren. Dies waren also die Bedingungen, unter denen sich der Erstkontakt zwischen den befragten Deutschen und der mit der Entnazifizierung betrauten Behörde in vielen Fällen abspielte. Welche Geschichten erzählten die Menschen nun in den Meldebögen?

29 Vgl. Haubl: Erzählen, S. 337: „Autobiographische narrative Kompetenz ist die Fähigkeit, autobiographische Geschichten so zu erzählen, dass sie bei ihrem Adressaten eine intendierte Wirkung erzielen, zumindest wahrscheinlich machen.“

30 Vgl. exemplarisch Meldebogen Herr A. H., geb. 1925, 7.6.1946. In: Staatsarchiv Ludwigsburg (StAL), EL 901/1 Bü 1. Vgl. zum Umgang mit den Meldebögen in Württemberg-Baden auch die Anweisungen in: Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus vom 5. März 1946 mit den Ausführungsvorschriften, der Anweisung für die Auswerter der Meldebogen u. der Rangliste in mehrfarbiger Wiedergabe. In amtlichem Auftrag hg. u. mit Anmerkungen und Sachverzeichnis versehen v. Erich Schullze. 3., durchges. u. erg. Aufl. mit Nachtrag enthaltend das 2. Änderungsgesetz, die Heimkehreramnestie u. a. München 1948, S. 239f.

2 Kontinuitäts- und Konversionsbiografien

Die Autobiografieforschung hat herausgearbeitet, dass es grundsätzlich zwei Möglichkeiten gibt, das eigene Leben zu schildern, nämlich entweder als Kontinuität oder als Konversion.³¹ Im Falle der Kontinuitätserzählung dominieren „Redefiguren des *damals wie jetzt*“³². Hier wird das Leben so erzählt, dass die (politischen) Vorstellungen des Schreibers zum Zeitpunkt der Abfassung mit denjenigen der erzählten Zeit kongruent sind. Demnach kam es im Kontext der Entnazifizierung darauf an, das eigene politische Ich als unberührt von den Verhältnissen während des ‚Dritten Reiches‘ darzustellen und eventuelle Mitgliedschaften als bloß äußerliche Anpassung abzutun, die den inneren Kern der Person nie erreicht habe. Die Form des Meldebogens legte diese Erzählvariante nahe, denn die wenigen Zeilen und vor allem die Drohung mit Sanktionen und Sühnemaßnahmen ließen kaum Raum für differenzierte Erzählungen. Daher erschien es ratsam, vor allem Distanz zum Nationalsozialismus zu demonstrieren. Anstatt differenziert schattierter Grautöne war nun ein Kontinuitätsnarrativ gefragt, das in Schwarz und Weiß oder trefender: Braun und Weiß gehalten war. Wohl nicht zuletzt aus diesem Grund griffen etliche Betroffene auf diese Variante zurück. Solche Kontinuitätserzählungen hingegen, denen zufolge man nach wie vor Nationalsozialist sei, sind dagegen – aus naheliegenden Gründen – in den Quellen überhaupt nicht aufzufinden.

Die Konversionsbiografie wiederum verwendet Redefiguren des *„damals und jetzt“*.³³ Bei dieser Erzählvariante gaben die Menschen durchaus zu, dass zu einem bestimmten Zeitpunkt Schnittmengen zwischen dem Nationalsozialismus und den eigenen politischen Vorstellungen oder Zielen existiert hatten. Im Angesicht des Meldebogens aber wurde dies als eine auf eine Konversion zulaufende Lerngeschichte erzählt, die mithin deutlich machte, dass man hinsichtlich der Entwicklung des Regimes nach und nach dazugelernt habe und nun Demokrat geworden sei. Diese Variante ist in den Quellen deutlich seltener vorzufinden als die Kontinuitätserzählung, denn den meisten Menschen erschien es offenbar sicherer oder einfacher, Ambivalenzen auszublenden und komplexere Geschichten schlicht zu vermeiden.

31 Vgl. zu diesen Kategorien Martin Sabrow: Autobiographie und Systembruch im 20. Jahrhundert. In: Autobiographische Aufarbeitung. Diktatur und Lebensgeschichte im 20. Jahrhundert, hg. v. dems. Leipzig 2012, S. 9–24, hier S. 18–24.

32 Volker Depkat: Autobiographie und soziale Konstruktion von Wirklichkeit. In: Geschichte und Gesellschaft 29 (2003), S. 441–476, hier S. 462 [Hervorh. i. Orig.].

33 Depkat: Autobiographie, S. 462 [Hervorh. i. Orig.].

Zunächst zur Kontinuitätserzählung: Die einfachste Möglichkeit bestand darin, Dichotomien zu bemühen, welche die eigene Biografie anhand der binären Opposition von Nazi/Nicht-Nazi oder Politisch/Unpolitisch erzählen. Der Literaturwissenschaftler Albrecht Koschorke hat darauf hingewiesen, dass das Erzählen in „binäre[n] Schemata“ weit verbreitet ist, gerade weil es „den Aufwand an intellektueller Arbeit“ reduziert und „zu den geringsten Kosten die größte Trennschärfe“ bietet, „weshalb sich vor allem einfache Texte ihrer Organisationskraft bedienen.“³⁴ Diese These bestätigt sich auch beim Blick in die Meldebögen. Hier finden sich häufig Betrachtungen eines Unpolitischen oder eher einer Unpolitischen. Denn es waren gerade Frauen, die sich in einer unpolitischen Rolle verorteten. Der weibliche Teil der Bevölkerung, von dem ca. 12 Millionen in NS-Verbänden organisiert gewesen war,³⁵ konnte mit einer unpolitischen Selbstdarstellung an die spätestens seit dem 19. Jahrhundert tiefverankerte Vorstellung anknüpfen, die Frauen der häuslich-emotionalen Sphäre zuordnete, während Männer sich in Politik und Beruf zu bewähren hätten.³⁶ Politik galt auch nach 1945 schlicht als Angelegenheit der Männer.³⁷ In den Meldebögen drückte sich diese Auffassung in Behauptungen darüber aus, dass man – selbst oder gerade wenn man in den entsprechenden NS-Organisationen aktiv gewesen war – vor allem Hausfrau und/oder Mutter gewesen sei: „Als Hausfrau habe ich mich nie um Partei oder Politik bekümmert.“³⁸ Die Hausfrauenrolle ließ wenig Raum für anderes und do-

34 Koschorke: Wahrheit, S. 21.

35 Sybille Steinbacher: Chancen und Schranken für die „Volksgenossinnen“. In: Bajohr/Wildt (Hg.): Volksgemeinschaft, S. 94–104, hier die Zahlenangaben S. 95; Hans-Ulrich Wehler: Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 4: Vom Beginn des Ersten Weltkriegs bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914–1945. München 2003, S. 752–760.

36 Vgl. Karin Hausen: Die Polarisierung der „Geschlechtscharaktere“. Eine Spiegelung der Dissoziation von Erwerbs- und Familienleben [1976]. In: Dies: Geschlechtergeschichte als Gesellschaftsgeschichte. Göttingen 2012, S. 19–49; Ute Frevert: „Unser Staat ist männlichen Geschlechts“. Zur politischen Topographie der Geschlechter vom 18. bis frühen 20. Jahrhundert. In: Dies.: „Mann und Weib, und Weib und Mann“. Geschlechter-Differenzen in der Moderne. München 1995, S. 61–132, hier bes. S. 109–114, S. 130f.; Elizabeth Harvey: Raum und Partizipation. Zum Verhältnis von Frauen und Politik in Deutschland im 20. Jahrhundert. In: Lieschen Müller wird politisch. Geschlecht, Staat und Partizipation im 20. Jahrhundert, hg. v. Christine Hikel, Nicole Kramer und Elisabeth Zellmer. München 2009, S. 13–26, hier bes. S. 13f.; Maria Bühner und Maren Möhring: Einleitung. In: Europäische Geschlechtergeschichten, hg. v. dens. Stuttgart 2018, S. 13–44, hier S. 20f.

37 Vgl. Kirsten Heinsohn: Gruppenbild ohne Dame. Demokratie in der frühen Bundesrepublik. In: Vierteljahrshäfte für Zeitgeschichte 69 (2021), S. 679–687. Vgl. auch Heike Pauls Beitrag zu den Gender-Mythen der Nachkriegszeit in diesem Band.

38 Meldebogen Frau B. W., geb. 1898, 25.4.1946. In: StAL, EL 901/2 Bü 82. Vgl. auch Meldebogen Frau S. H., geb. 1893, 25.4.1946: „habe keine polit[ische] Tätigkeit ausgeübt noch mich jeh [sic]

minierte scheinbar das gesamte Leben, wenn es etwa hieß: „Ich war Hausfrau und hatte keine Zeit mich um Politik zu kümmern“³⁹ oder: „Habe keine Zeit für Parteien gehabt.“⁴⁰ Andere Frauen stellten sich als „[n]ur Hausfrau“⁴¹ vor oder schrieben knapp „bin Hausfrau, unpolitisch.“⁴² Eine Stenotypistin brachte die Distanz gegenüber der Politik durch Anführungszeichen zum Ausdruck, wenn sie schrieb, sie habe sich „nie mit ‚Politischem‘ befasst.“⁴³

Eine andere Dame notierte, sie habe sich „nie mit Politik“ beschäftigt und „nur für Soldaten Socken gestrickt“,⁴⁴ obwohl gerade diese vermeintlich nebensächliche Tätigkeit die NS-Geschlechterordnung bestätigte, hatten die „Volksge nossinnen“ doch derat die Männer an der Front zu unterstützen.⁴⁵ Mitunter kam es dabei zu paradoxen Behauptungen, etwa wenn eine verwitwete Rentnerin sich selbst einerseits als „Nazigegnerin“ bezeichnete, andererseits aber behauptete, sich „nie um Politik gekümmert“ zu haben.⁴⁶ Derartige Widersprüche – denn ein gewisses Interesse für Politik war ja Voraussetzung dafür, sich überhaupt politisch als Nazigegnerin positionieren zu können – zeigen, dass es offenbar einigen Frauen besonders darauf ankam, ihre Distanz zum Nationalsozialismus zu demonstrieren, sei es nun als Unpolitische oder eben zugleich als Nazigegnerin. Wie stark Politik mit Männlichkeit verknüpft wurde, zeigen auch einige Bögen, in denen Frauen gar nicht über ihre eigenen politischen Anschauungen unterrichteten, sondern zuerst über diejenigen ihrer Ehemänner, denen sie sich lediglich anschlossen: „Mein Mann war Antifaschist“⁴⁷ oder „Ich bin seit 1933 verwitwet.

fuer derlei interessiert.“; Frau E. H., geb. 1870, 24.4.1946: „Ich habe mich nie um Politik bekümmert und mich nie Nat[ional]-Sozialistisch betätigt.“ In: StAL, EL 901/11 Bü 24.

39 Meldebogen Frau A. B., geb. 1901, 25.4.1946. In: StAL, EL 901/3 Bü 75.

40 Meldebogen Frau A. H., geb. 1889, 23.4.1946. In: StAL, EL 901/11 Bü 24. Vgl. auch Meldebogen Frau L. G., geb. 1889, 25.4.1946: „Ich habe mich nur um meinen Haushalt gekümmert.“ In: StAL, EL 901/20 Bü 200.

41 Meldebogen Frau K. H. H., geb. 1885, 25.4.1946. In: StAL, EL 901/11 Bü 24.

42 Meldebogen Frau P. D., geb. 1886, 22.4.1946. In: StAL, EL 901/20 Bü 100.

43 Meldebogen Frau H. S. L., geb. 1921, 25.4.1946. In: StAL, EL 901/21 Bü 40.

44 Meldebogen Frau E. G., geb. 1906, 23.4.1946. In: StAL, EL 901/20 Bü 200.

45 Vgl. Nicole Kramer: *Volksge nossinnen an der Heimatfront. Mobilisierung, Verhalten, Erinnerung*. Göttingen 2011, bes. S. 88–90. Diese Geschlechterordnung hatte bereits die Kriegsgemeinschaft im Ersten Weltkrieg bestimmt, hierzu Elke Koch: „Jeder tut, was er kann fürs Vaterland!“. Frauen und Männer an der Heilbronner „Heimatfront“. In: *Kriegserfahrungen. Studien zur Sozial- und Mentalitätsgeschichte des Ersten Weltkriegs*, hg. v. Gerhard Hirschfeld u. a. Essen 1997, S. 36–52.

46 Meldebogen Frau B. F., geb. 1873, 25.4.1946. In: StAL, EL 901/10 Bü 80.

47 Meldebogen Frau E. S., geb. 1905, 22.4.1946. In: StAL, EL 901/20 Bü 1000.

Mein Mann war *nicht* Mitglied der Partei. Ich selbst auch nicht.“⁴⁸ Im letzten Fall trat der Mann noch mehr als ein Jahrzehnt nach seinem Tod als das bestimmende politische Subjekt des Ehepaares auf.

Die Vorstellung von Politik als Männersache war es wohl auch, die dafür sorgte, dass nur wenige Herren sich selbst als unpolitisch beschrieben. So behauptete etwa ein Sattler, er sei „Handwerkermeister und kein Politiker“ und begriff damit Politik offenbar als etwas, mit dem allein Berufspolitiker zu tun hätten.⁴⁹ Ein vormaliger Berufssoldat wiederum erzählte, er sei „1928 bei der unpolitischen Reichswehr eingetreten. Ab 1933 weiterhin nicht politisch betätigt, musste wie jeder Soldat meine Pflicht nach Befehl tun.“⁵⁰ Auch andere Soldaten stellten auf den „Nimbus der Überparteilichkeit“⁵¹ ab, der dem Militär zugeschrieben wurde.⁵² Dies aber waren Ausnahmen, denn Männer bemühten häufig andere Varianten der Kontinuitätserzählung als Frauen.

Eine geläufige Art stellte die Verwendung von Allquantifizierungsanzeigern wie „stets“ oder „immer“ dar: „Ich war immer Gegner des Nazi-Systems“⁵³ oder „Ich war immer ein Gegner Hitlers.“⁵⁴ Die Behauptung, in allen Fällen und durchgängig Gegner des Regimes gewesen zu sein, wurde in den meisten Fällen überhaupt nicht beglaubigt. Weder wiesen die entsprechenden Schreiber auf Haftstrafen oder erlittene Nachteile hin noch rechtfertigten sie ihre Mitgliedschaften in NS-Organisationen. Die immer wieder auftauchenden Behauptungen einer grundsätzlichen Resistenz zeigen, dass die Menschen verstanden hatten, was nun gefordert war, nämlich die Demonstration von Distanz gegenüber dem untergegangenen Regime. Relativ simpel blieb dies in bloßen Behauptungen wie „Habe Hitler nicht gewählt!“⁵⁵ oder eine nicht weiter begründete Selbsteinordnung als „[a]ntifaschistisch“.⁵⁶

Manche der Befragten nutzten die Freifelder, um ihre Einstellung zum Führerstaat in zugespitzten Anekdoten auf den Punkt zu bringen, die offenbar in einem

48 Meldebogen Frau E. S., geb. 1889, 25.4.1946. In: StAL, EL 901/23 Bü 48 [Hervorh. i. Orig. unterstrichen].

49 Meldebogen Herr E. D., geb. 1877, 20.4.1946. In: StAL, EL 901/20 Bü 100.

50 Meldebogen Herr K. A., o. D., 23.4.1946. In: StAL, EL 901/1 Bü 1.

51 Wehler: Gesellschaftsgeschichte, S. 419.

52 Vgl. etwa Meldebogen Herr E. P., geb. 1916, 2.9.1946. In: StAL, EL 901/17 Bü 65.

53 Meldebogen Herr J. S., geb. 1890, 23.4.1946. In: StAL, EL 901/2 Bü 15. Vgl. etwa auch Meldebogen Herr P. S., geb. 1897, 24.4.1946. In: StAL, EL 901/8 Bü 200.

54 Meldebogen Herr F. N., geb. 1861, 25.4.1946. In: StAL, EL 901/9 Bü 82.

55 Meldebogen Frau M. B., geb. 1920, 24.4.1946. In: StAL, EL 901/3 Bü 75.

56 Meldebogen Herr F. D., geb. 1888, 22.4.1946. In: StAL, EL 901/20 Bü 100: Vgl. auch für weitere Beispiele etwa Meldebogen Frau M. D., geb. 1904, 23.4.1946; Meldebogen Herr F. I., geb. 1918, 24.4.1946, Meldebogen Herr W. J., geb. 1887, 20.4.1946. In: StAL, EL 901/11 Bü 25.

oder wenigen Sätzen ihre Haltung zum Ausdruck bringen sollten. Ein Mann, der behauptete, seit 1920 „Demokrat“ gewesen zu sein, erzählte: „Das Anhören der I. Führerrede beantw[ortete] ich mit Kopfschütteln.“⁵⁷ Andere wiederum verwiesen auf bestimmte Erfahrungen oder die politische Sozialisation, um zu beglaubigen, warum sie im Inneren vom Nationalsozialismus nicht berührt worden seien: „Durch die Erziehung im Elternhaus, Vater alter Sozialdemokrat, blieb mir die Naziideologie fremd.“⁵⁸ Mitunter kam es dabei aber auch zum Eingeständnis von Scham. Eine Frau, die in der „Deutschen Arbeitsfront“ und dem „NS-Frauenwerk“ gewesen war, behauptete „nur zum Schein der Sache“ beigetreten zu sein, während sie ihre „innere Haltung nach wie vor 1933 bei[behielt]“.⁵⁹ Die Tatsache, nicht widerständig genug gewesen zu sein, ließ sie aber nicht los, und führte zu dem Urteil: „[E]s ist beschämend für mich.“⁶⁰

Nur wenige Meldebogenschreiber bemühten sich darum, ihre Gegnerschaft zum Nationalsozialismus etwas ausführlicher darzustellen. Wahrscheinlich deshalb, weil sie dies im Gegensatz zu vielen anderen auch konnten. Ein 1881 geborener pensionierter Beamter, der sich als „scharfer und unbeugsamer Gegner des Nationalsozialismus“ vorstellte, klebte eigens einen Anhang an den Meldebogen, der ihm offenbar als zu knapp erschien, um seine Erfahrungen angemessen darstellen zu können.⁶¹ Die zusätzlichen Dokumente enthielten ein Leumundszeugnis, das ein ehemaliger Kollege ausgestellt hatte und das dem Meldebogenschreiber politisch tadelloses Verhalten attestierte. Dieses Verhalten schrieb sich der Zeuge auch gleich selbst zu, weshalb quasi zwei Kontinuitätsgeschichten auf einmal erzählt wurden.⁶²

Eine andere Möglichkeit der Beglaubigung bot der Hinweis auf politisches Engagement vor 1933, an das die jeweiligen Personen nun wieder anknüpfen wollten. Das ‚Dritte Reich‘ erschien in diesen Erzählungen als eine Periode, in der man irgendwie habe überwintern müssen, um nun wieder politisch aktiv zu werden. Das politisch-biografische Kapital, das man bis 1933 akkumuliert hatte, war

57 Meldebogen Herr F. Z., geb. 1871, 27.4.1946. In: StAL, EL 901/4 Bü 50.

58 Meldebogen Herr R. F., geb. 1910, 24.4.1946. In: StAL, EL 901/24, Bü 74. Ähnlich auch Meldebogen Frau G. I., geb. 1920, 26.4.1946. In: StAL, EL 901/11 Bü 25: „wurde soz[ial] Demokratisch erzogen.“

59 Meldebogen Frau G. R., geb. 1909, 25.4.1946. In: StAL, EL 901/9 Bü 82.

60 Meldebogen Frau G. R., geb. 1909, 25.4.1946.

61 Meldebogen Herr H. D., geb. 1881, 21.4.1946. In: StAL, EL 901/20 Bü 100.

62 Nach 1945 war es eher die Regel als die Ausnahme, dass sich Beamte gegenseitig ihre Unschuld bestätigten. Vgl. hierzu mit Fokus auf den Beamtenapparat der Landesministerien im deutschen Südwesten Frank Engehausen, Sylvia Palatschek und Wolfram Pyta: Einleitung. In: Die badischen und württembergischen Landesministerien in der Zeit des Nationalsozialismus. Teilbd. 1, hg. v. dens. Stuttgart 2019, S. 1–14, hier S. 11–13.

während der NS-Herrschaft entwertet worden, stieg nun aber wieder im Kurs. Vor allem ehemalige Sozialdemokraten und Gewerkschafter, seltener auch Liberale, Kommunisten oder Zentrumsmitglieder, nutzten diese Variante.⁶³ „War vor 1933 Mitglied der K.P.D. und bin es auch wieder“, notierte etwa ein Arbeiter.⁶⁴

Wer für sein vormaliges politisches Engagement während des ‚Dritten Reiches‘ verhaftet oder verfolgt worden war, konnte dieses Ereignis nun zur Beglaubigung der eigenen Biografie nutzen. Dies taten vor allem ehemalige Kommunisten, Sozialdemokraten und Mitglieder des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, also jenes prorepublikanischen Wehrverbandes, der zum Ziel gehabt hatte, die Weimarer Demokratie mit militanten Mitteln zu verteidigen.⁶⁵ Ein sozialdemokratischer Schlosser, der „im Reichsbanner“ als „Kameradschaftsführer“ tätig gewesen war, berichtete, er sei „verfolgt“ worden und habe „seit 1942 ein[en] Hochverratsprozess“ durchstehen müssen.⁶⁶ Andere Mitglieder des Reichsbanners berichteten von kurzfristigen Schutzhaftmaßnahmen während der Phase der Diktaturdurchsetzung⁶⁷ ebenso wie Kommunisten, die mindestens zeitweise in Konzentrationslagern inhaftiert gewesen waren.⁶⁸

Abgesehen von parteipolitischen Aktivitäten führten viele Menschen noch ein anderes Feld an, das eine Distanz zum Nationalsozialismus nahelegen sollte, nämlich die eigene, kontinuierlich verbürgende religiöse Einstellung. Die von der Forschung konstatierten multiplen Glaubensverhältnisse während der NS-Herrschaft, die relativ problemlos sowohl den Glauben an Gott oder die Bibel als auch an den „Führer“ und seine Aufgabe miteinander vereinbaren konnten, mussten nun ver-

⁶³ Vgl. exemplarisch Meldebogen Herr A. A., geb. 1889, 23.4.1946. In: StAL, EL 901/1 Bü 1; Meldebogen Herr E. S., geb. 1917, 23.4.1946. In: StAL, EL 901/8 Bü 200; Meldebogen Frau B. H., geb. 1888, 25.4.1946. In: StAL, EL 901/11 Bü 24; Meldebogen Herr J. N., geb. 1893, 25.4.1946. In: StAL, EL 901/18 Bü 5; Meldebogen Herr G. D., geb. 1888, 23.4.1946, Meldebogen Frau K. A. O., geb. 1892, 27.4.1946. In: StAL, EL 901/20 Bü 100; Meldebogen Herr A. O., geb. 1887, 24.4.1946. In: StAL, EL 901/20 Bü 700; Meldebogen Herr A. L., geb. 1916, 24.4.1946, Meldebogen Herr E. L., geb. 1898, 21.4.1946. In: StAL, EL 901/21 Bü 40; Meldebogen Herr A. V., geb. 1890, 25.4.1946. In: StAL, EL 901/23 Bü 48.

⁶⁴ Meldebogen Herr A. G. S., geb. 1902, 19.4.1946. In: StAL, EL 901/20 Bü 1000.

⁶⁵ Vgl. zum Reichsbanner lediglich Benjamin Ziemann: *Die Zukunft der Republik? Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold*. Bonn 2011; ders.: *Veteranen der Republik. Kriegserinnerungen und demokratische Politik 1918–1933*. Bonn 2014, bes. S. 72–149.

⁶⁶ Meldebogen Herr C. S., geb. 1907, 24.4.1946. In: StAL, EL 901/18 Bü 5.

⁶⁷ Vgl. etwa Meldebogen Herr W. H., geb. 1898, 25.4.1946. In: StAL, EL 901/11 Bü 24.

⁶⁸ Vgl. etwa Meldebogen Herr K. B., geb. 1900, 18.4.1946. In: StAL, EL 901/1 Bü 1; Meldebogen Herr A. S., geb. 1902, 25.4.1946. In: StAL, EL 901/17 Bü 65; Meldebogen Frau M. J., geb. 1909, 18.4.1946 und Meldebogen Herr W. J., geb. 1906, 18.4.1946. In: StAL, EL 901/11 Bü 25.

eindeutigt werden.⁶⁹ Die vormalig häufig „doppelgläubigen Deutschen“ bemühten sich also jetzt darum, Nationalsozialismus und Christentum wieder deutlicher voneinander zu trennen.⁷⁰ Da die NSDAP in dem nicht ganz unbegründeten Ruf gestanden hatte, das Christentum bzw. die Kirchen abzulehnen, konnte der eigene Glaube nun genutzt werden, um Abstand zum Regime zu demonstrieren.⁷¹ Die unterschiedlichen Konflikte und Bekenntnisse sowie deren Nähe oder Ferne zum Führerstaat drückten sich auch in den Meldebogenerzählungen aus.⁷² Eine ältere Dame schrieb etwa, dass sie als „gut gläubige Person die NSDAP sofort in ihren Gewaltakten von Anfang an verurteilt“ habe, „als ich gar einen Pfarrer in S.A. Uniform [...] sah[,] fand der Hitlerismus schon gar keinen Glauben mehr in meinem Innern.“⁷³ Trotz aller Unterschiede im Detail, zeigt sich, dass alle, die sich auf das Christentum beriefen, dies taten, um anzuzeigen, dass sie keine Nationalsozialisten sein könnten und zwar selbst dann, wenn sie etwa in der deutschvölkischen „Deutschen Glaubensbewegung“ engagiert gewesen waren.⁷⁴

Konversionserzählungen verzichteten darauf, durchgehende Gegnerschaft – sei es aus politischen oder religiösen Gründen – zu behaupten. In diesen Erzählmustern deuten sich dagegen komplexere Erfahrungen an, die wahrscheinlich der Realität deutlich näherkommen, als die um Eindeutigkeit bemühten Kontinuitätsgeschichten. Gerade deshalb bilden sie allerdings eine Minderheit in der narrativen Vielfalt der Meldebögen. Ein Ingenieur berichtete, dass er in die „Deutsche Arbeitsfront“ eingetreten sei, weil er „an soziale Verbesserungen“ geglaubt habe; „aber ich wurde schon frühzeitig enttäuscht.“⁷⁵ Nach diesem Erlebnis habe er sich

69 Vgl. Manfred Gailus und Armin Nolzen: Einleitung. Viele konkurrierende Gläubigkeiten – aber eine „Volksgemeinschaft“? In: Zerstrittene „Volksgemeinschaft“. Glaube, Konfession und Religion im Nationalsozialismus, hg. v. dens. Göttingen 2011, S. 7–33.

70 Gailus/Nolzen: Einleitung, S. 12.

71 Vgl. in diesem Band etwa das Beispiel Heinz Otto Burger im Beitrag von Kristina Mateescu. Auch überzeugte Nationalsozialisten wussten die Betonung ihres christlichen Glaubens für sich zu nutzen. Vgl. dazu das Beispiel Gerhard Schumann im Beitrag von Jens Krumeich in diesem Band.

72 Rojek: Entnazifizierung, S. 205–210.

73 Meldebogen Frau C. E., geb. 1874, 18.4.1946. In: StAL, EL 901/6 Bü 17.

74 Meldebogen Frau E. C., geb. 1896, 25.4.1946. In: StAL, EL 901/3 Bü 75. Vgl. zu dieser Vereinigung Hans Buchheim: Die Deutsche Glaubensbewegung. In: Ders.: Glaubenskrise im Dritten Reich. Drei Kapitel nationalsozialistischer Religionspolitik. Stuttgart 1953, S. 157–202; Horst Junginger: Die Deutsche Glaubensbewegung und der Mythos einer „dritten Konfession“. In: Gailus/Nolzen (Hg.): „Volksgemeinschaft“, S. 180–203; ders.: Die Deutsche Glaubensbewegung als ideologisches Zentrum der völkisch-religiösen Bewegung. In: Die völkisch-religiöse Bewegung im Nationalsozialismus. Eine Beziehungs- und Konfliktgeschichte, hg. v. Uwe Puschner und Clemens Vollnhals. Göttingen 2012, S. 65–102.

75 Meldebogen Herr E. B., geb. 1897, 23.4.1946. In: StAL, EL 901/10 Bü 80.

von Staat und Partei nicht mehr „einspannen lassen“.⁷⁶ Ein Gipswerkbesitzer erzählte ebenfalls von einem anfänglichen Eingehen auf die Partizipationsangebote des Regimes und räumte ein, „[e]inige Male bei der SA im Jahr 1934 Dienst gemacht“ zu haben, sei aber dort wegen schemenhaft bleibender „Zwistigkeiten nicht beigetreten“.⁷⁷ Einen Wandel beschrieb auch ein junger Mann, der im Oktober 1938 aus der Hitlerjugend ausgetreten sein wollte: „Als Junge verstand ich nichts von Politik, als ich begriff, trat ich aus.“⁷⁸ In der Folge sei es zu einigem Ärger mit der NSDAP-Kreisleitung gekommen, der auch die Eltern des Jungen betraf. Insgesamt aber blieben derartige Eingeständnisse selten.

Vielmehr betonten etliche der Überprüften, dass es sich bei dem ‚Dritten Reich‘ um eine Zwangsveranstaltung ohne jede persönliche Freiheit gehandelt habe. Die von der historischen Forschung erarbeitete Dimension einer „Zustimmungsdiktatur“ lässt sich in den Meldebögen kaum nachweisen.⁷⁹ Stattdessen dominierten als Motive Zwang, Unterdrückung, und verhaltenes oder widerwilliges Mitmachen und Geschichten über den braunen, von Konflikten mit der Partei durchzogenen Alltag.⁸⁰ Für das Entnazifizierungs- und Demokratisierungsprojekt waren aber gerade diese Geschichten von Relevanz, denn sie zeigten, dass die Menschen verstanden hatten, dass die NS-Zeit nun gegenüber den Behörden und in der Öffentlichkeit als finstere Diktatur geschildert werden musste. Je finsterner aber das tausendjährige Reich erschien, desto schwerer wurde es zu legitimieren, warum man hieran wieder anknüpfen sollte. Damit veränderte die Entnazifizierung die Regeln des Sagbaren und positive Bezugnahmen auf den Nationalsozialismus mussten an Stammtische oder auf bierselige Volksfeste auswandern, auf denen etwa – zum Erschrecken der Behörden – im Südwesten im Sommer 1951 nationalsozialistische Musikstücke zum Besten gegeben wurden.⁸¹ Die negative

76 Meldebogen Herr E. B., geb. 1897, 23.4.1946.

77 Meldebogen Herr C. B., geb. 1897, 25.4.1946. In: StAL, EL 901/19 Bü 20.

78 Meldebogen Herr H. H. H., geb. 1921, 23.4.1946. In: StAL, EL 901/11 Bü 24.

79 Frank Bajohr: Die Zustimmungsdiktatur. Grundzüge nationalsozialistischer Herrschaft in Hamburg. In: Hamburg im „Dritten Reich“, hg. v. der Forschungsstelle für Zeitgeschichte Hamburg. Göttingen 2005, S. 69–121; ders.: „Consensual Dictatorship“ (Zustimmungsdiktatur) and „Community of the People“ (Volksgemeinschaft): Some Reflections on the Interaction between Nazi State and German society in the persecution of the Jews after 1933. In: *Politeja* 14 (2010), S. 521–526.

80 Rojek: Entnazifizierung, S. 233–251. Diese Erzählvarianten konnten auch für die britische Besatzungszone nachgewiesen werden: Hanne Leßau: Entnazifizierungsgeschichten. Die Auseinandersetzung mit der eigenen NS-Vergangenheit in der frühen Nachkriegszeit. Göttingen 2020, S. 228–234, 480.

81 Rojek: Entnazifizierung, S. 143–156.

Darstellung der NS-Zeit korrespondierte mit der Position, in der sich etliche Schreiber nach 1945 versetzt sahen: nämlich als Opfer der Geschehnisse.

Denn häufig verbanden die Menschen ihre Erzählungen mit Hinweisen auf ihren Opferstatus, sei es des Luftkrieges, als Flüchtling oder Angehöriger von Gefallenen oder Vermissten. Hier geht es also nicht um diejenigen, die aus politischen oder ‚rassischen‘ Gründen Opfer wurden, sondern um diejenigen, die unter den Folgen des von den Deutschen eröffneten und schließlich auf das Reichsgebiet zurückschlagenden Krieges gelitten hatten. Schuldzuweisungen an die Adresse der NSDAP blieben dabei die Ausnahme, etwa wenn sich ein Mann beklagte „Muss nur jetzt den Pg's ihre Schulden mitbezahlen, bekommen habe ich nichts von ihnen, ausser mehr Arbeit.“⁸² Eine ehemalige „Pflegerin“, die aus nicht mehr rekonstruierbaren Gründen während des ‚Dritten Reiches‘ Ärger mit ihren Rentenauszahlungen hatte, beschwerte sich in bitterem Tonfall, sie habe „im 1000jährigen Reich nichts zu lachen“ gehabt: „Selbst heute noch glauben einige Naziweiber[,] dass sie ihre Rotznasen an mir abputzen dürfen.“⁸³ Aber derartige Vorwürfe blieben doch selten. Vielmehr dominierte eine Opfererzählung, die auf die mittelbaren Folgen des Krieges hinwies und Verantwortungszuschreibungen für erlittenes Leid vermied. Die Vorstellung, die Deutschen selbst seien vor allem Opfer des Nationalsozialismus geworden, war in der Nachkriegszeit weit verbreitet. Hier drückte sich eine Vergeltungsangst ebenso aus wie eine Logik der Aufrechnung.⁸⁴ Wenn es einem so schlecht ergangen sei, – so der Tenor – könne man doch nun nicht mehr mit weiteren Sanktionen behelligt werden.

⁸² Meldebogen Herr G. A. L., geb. 1887, 19.4.1946. In: StAL, EL 901/21 Bü 40. „Pg's“ war zeitgenössisch die gängige Abkürzung für „Parteigenossen“, also die Mitglieder der NSDAP.

⁸³ Meldebogen Frau L. J., geb. 1886, 22.4.1946. In: StAL, EL 901/25 Bü 70.

⁸⁴ Vgl. zur Vergeltungsangst nach 1945 Frank Biess: *Republik der Angst. Eine andere Geschichte der Bundesrepublik*. Reinbek bei Hamburg 2019, S. 49–57; Stefan-Ludwig Hoffmann: *Besiegte, Besatzer, Beobachter. Das Kriegsende im Tagebuch*. In: *Demokratie im Schatten der Gewalt. Geschichten des Privaten im deutschen Nachkrieg*, hg. v. Daniel Fulda u. a. Göttingen 2010, S. 25–55, hier S. 33–39. Vgl. zu Opfererzählungen in der Nachkriegszeit lediglich Robert G. Moeller: *Deutsche Opfer, Opfer der Deutschen. Kriegsgefangene, Vertriebene, NS-Verfolgte: Opferausgleich als Identitätspolitik*. In: *Nachkrieg in Deutschland*, hg. v. Klaus Naumann. Hamburg 2001, S. 29–58; ders.: *The Politics of the Past in the 1950s: Rhetorics of Victimisation in East and West Germany*. In: *Germans as Victims. Remembering the Past in Contemporary Germany*, hg. v. Bill Niven. Basingstoke u. a. 2006, S. 26–42; ders.: *Victims in Uniform: West German Combat Movies from the 1950s*. In: Niven (Hg.): *Germans*, S. 43–61. Opfererzählungen konnte auch Mikkel Dack in seiner Auswertung von 200 Meldebögen aus ganz Deutschland nachweisen (Mikkel Dack: *Tailoring Truth. Memory Construction and Whitewashing the Nazi Past from Below*. In: *German Politics and Society* 39 [2021] S. 15–36, hier S. 26–30).

So vermerkte eine Studienrätin, sie sei als „Flüchtling allen Sachen und des ganzen Vermögens beraubt. – Mit schwerer Mühe dem Tod entgangen“.⁸⁵ Warum hielten die Deutschen alle diese Schicksalsschläge fest, nach denen der Bogen ja überhaupt nicht fragte? Man wird wohl davon ausgehen können, dass der Hinweis auf Verluste aller Art dazu diene, sich als jemanden darzustellen, der bereits durch das Leben oder die Umstände hinreichend bestraft worden sei und von daher keiner weiteren Sühnemaßnahmen mehr bedürfe. Eine Verkäuferin verknüpfte ihre Leidenserfahrungen sogar explizit mit dem Gedanken an ihre Entlastung: „Bin ausgesiedelt u[nd] um Hab und Gut gekommen[,] fühle mich in jeder Weise entlastet.“⁸⁶ Neben den Deutschen, die sich aus verschiedenen Gründen selbst als Opfer wahrnahmen, kamen in den Meldebögen auch die Überlebenden der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik zu Wort. Welche Geschichten erzählte diese Gruppe?

3 Geschichten der Opfer der nationalsozialistischen Weltanschauung

Die Meldebögen mussten auch von den Personen ausgefüllt werden, die von den weltanschaulich motivierten Verfolgungs- und schließlich auch den Vernichtungsmaßnahmen des NS-Regimes betroffen waren – und überlebt hatten. Hierzu gehörten vor allem diejenigen, die allein durch die Definitionsmacht des Regimes zu ‚rassischen‘ Feinden erklärt worden waren, an erster Stelle die Deutschen jüdischen Glaubens.⁸⁷ Die Meldebögen der Holocaustüberlebenden zeigen, dass die Entnazifizierung nicht allein als Produktion mehr oder weniger apologetischer Geschichten verstanden werden kann, sondern hier erhielten auch die Opfer die sicher schmerzhafteste Gelegenheit, ihre Geschichten zu erzählen. Der hier-

⁸⁵ Meldebogen Frau H. O., geb. 1891, 23.4.1946. In: StAL, EL 901/20 Bü 700; vgl. z. B. auch Meldebogen Frau M. I. geb. 1900, 25.4.1946. In: StAL, EL 901/11 Bü 25; Meldebogen Frau D. S., geb. 1904, 23.4.1946. In: StAL, EL 901/20 Bü 1000; Meldebogen Frau H. S., geb. 1906, 26.4.1946. In: StAL, EL 901/23 Bü 48; Meldebogen Frau R. H., geb. 1904, 25.4.1946. In: StAL, EL 901/12 Bü 99; Herr S. H., geb. 1899, 24.5.1946; Herr J. H., geb. 1878, 7.8.1946; Frau A. J., geb. 1911, 25.4.1946. In: StAL, EL 901/25 Bü 70; Meldebogen Frau K. L., geb. 1902, 23.4.1946. In: StAL, EL 901/21 Bü 40.

⁸⁶ Meldebogen Frau A. B., geb. 1911, 19.11.1946. In: StAL, EL 901/1 Bü 1.

⁸⁷ Vgl. zur „Definition“ der Gegner als wichtiger, erster Schritt im Vernichtungsprozess klassisch Raul Hilberg: *Die Vernichtung der europäischen Juden* [1961, 2003]. Mit einem Vorwort von René Schlott und einem Nachwort von Christian Seeger, erg. Neuausgabe. Frankfurt a. M. 2023, bes. S. 77, 89–106, 310, 384, 453, 612, 1115f., 1166.

mit verbundene Erzählpflicht allerdings ist wohl häufig als empörend empfunden worden, mussten sich die Überlebenden doch nun auch noch dafür rechtfertigen, keine Nazis gewesen zu sein. Großbuchstaben oder Ausrufezeichen dienten dazu, deutlich zu machen, dass man eindeutig nicht auf der Seite der Nationalsozialisten zu verorten sei. Eine 1903 geborene Hausfrau füllte ihren Bogen nur sehr rudimentär aus und schrieb in das Freifeld nur ein Wort, das sich aber riesenhaft über alle vorgedruckten Zeilen hinweg erstreckte: „Jüdin“.⁸⁸ Mit diesem Ausdruck war für sie offenbar das Notwendige gesagt, um ihr Verhältnis gegenüber dem Nationalsozialismus eindeutig bestimmten zu können. Angesichts ihrer Religionszugehörigkeit erübrigten sich alle weiteren Erläuterungen.

Ein Stuttgarter Kaufmann vermerkte: „Ich bin Volljude und wurde 12 Jahre lang rassisch verfolgt und unterdrückt“ und verwies auf die „Nazigesetze“, die zur Schließung seines Geschäfts geführt hatten, das er erst jetzt habe wiedereröffnen können.⁸⁹ Die erwähnten „Nazigesetze“ machen darauf aufmerksam, dass sich ein Großteil des Verdrängungs- und Verfolgungsgeschehens in scheinbar legalen, ordentlich organisierten Verfahren vollzogen hatte. Denn die Nürnberger Rassengesetzgebung des ‚Dritten Reiches‘ hatte erst diejenigen Kategorien von Menschen erzeugt, die angeblich biologisch minderwertig und gefährlich seien. Da es jedoch keine Möglichkeit gab, diese Vorstellungen mit wissenschaftlichen Methoden zu bestätigen, bezogen sich die Gesetzgeber auf die Religionszugehörigkeit und Abstammung der jüdischen Deutschen. Hieraus ergaben sich unterschiedliche Kategorien, welche die Lebenschancen der Menschen bestimmten. Hierzu zählten „Deutschblütige“, „(Voll-)Juden“, „Halbjuden“, „Vierteljuden“ oder „jüdisch Versippte“. Als „Jude“ galt also, wen die Machthaber als solchen begreifen wollten, während die Selbsteinschätzung der so Kategorisierten unberücksichtigt blieb.⁹⁰ Da diesen Einteilungen eine hohe Bedeutung für das Leben der Betroffenen zukam, verwundert es nicht, dass diese auch in den Meldebögen auftauchten, zumal diese Menschen unter Verwendung der NS-Begriffe ihre vormalige soziale Position unmittelbar vor Augen führen konnten. Beispielsweise bezeichnete sich eine

⁸⁸ Meldebogen Frau E. D., geb. 1903, 2.4.1946. In: StAL, EL 901/20 Bü 100.

⁸⁹ Meldebogen Herr M. G., geb. 1878, 20.4.1946. In: StAL, EL 901/20 Bü 200.

⁹⁰ Vgl. lediglich Hilberg: Vernichtung, S. 91f.; Jeremy Noakes: Wohin gehören die „Judenmischlinge“? Die Entstehung der ersten Durchführungsverordnungen zu den Nürnberger Gesetzen. In: Das Unrechtsregime. Internationale Forschung über den Nationalsozialismus, Bd. 2: Verfolgung – Exil – Belasteter Neubeginn, hg. v. Ursula Büttner. Hamburg 1986, S. 69–89, Hans-Christian Jasch (mit einem Beitrag von Rüdiger Ernst): Die Rassengesetzgebung im „Dritten Reich“. In: Die Nürnberger Gesetze – 80 Jahre danach. Vorgeschichte, Entstehung, Auswirkungen, hg. v. Magnus Brechtken u. a. Göttingen 2017, S. 165–203; Beate Meyer: Zwischen Regel und Ausnahme. „Jüdische Mischlinge“ unter Sonderrecht. In: Brechtken u. a. (Hg.): Nürnberger, S. 205–222.

Frau als „[n]icht arisch“, da ihr Vater „nach den Nürnberger Gesetzen Mischling“ sei,⁹¹ während eine andere notierte „Vater ist Jude[,] ich bin Halbjüdin“⁹² und ein Beamter schrieb: „Bin jüd[ischer] Mischling I. Grades (ehem[aliger] K. Z. Häftling).“⁹³ Ein Kaufmann fasste das Leid, das er ob dieser Einordnung erfahren hatte, in lakonische Worte, die doch das Grauenhafte seines Erlebens andeuteten: „Als Halbjuden wurden mir durch die Nazis 16 Angehörige ermordet, ich selbst war aus rassischen Gründen 1944 bis Kriegsende in einem Arbeitslager in Polen.“⁹⁴

Die Verfolgungspolitik betraf auch die Angehörigen derjenigen, die als Juden klassifiziert wurden. Sie galten als „jüdisch versippt“ bzw. bei Ehepartnern als Teil einer „Mischehe“.⁹⁵ Von diesen Ehen überlebten nur ca. 13.000 von insgesamt etwa 35.000 die Diktatur.⁹⁶ Auch diese Geschichten des Überlebens finden sich in den Meldebögen. Eine Frau schrieb, sie sei „jüdischer Abstammung und wurde seit Erlass der Nürnberger Gesetze politisch verfolgt.“⁹⁷ Ihr Ehemann bestätigte in seinem Bogen dieses Schicksal: „[L]ebe in Mischehe mit einer Frau jüdischer Abstammung und wurde dadurch politisch verfolgt.“⁹⁸ Ein anderes „Mischehepaar“ erzählte, dass die Ehefrau noch im Februar 1945 „nach K. Z. Theresienstadt abgestellt“ worden sei,⁹⁹ wo ihre Mutter verstarb, während ihr Mann seit Oktober 1944 im „K. Z. Wolfenbüttel“ festgehalten worden war.¹⁰⁰ In der Tat hatte das Regime noch kurz vor dem absehbaren Kriegsende auch die sogenannten Mischehen verstärkter Verfolgung ausgesetzt und der Chef der Sicherheitspolizei befahl, alle

91 Meldebogen Frau H. E. S., geb. 1925, 26.4.1946. In: StAL, EL 901/2 Bü 15.

92 Meldebogen Frau L. E., geb. 1914, 17.4.1946, geb. 1914. In: StAL, EL 901/6 Bü 17 [Hervorh. i. Orig. unterstrichen].

93 Meldebogen Herr E. E., geb. 1916, 5.12.1946. In: StAL, EL 901/6 Bü 17. Siehe auch Meldebogen Herr M. G., geb. 1926, 20.4.1946; Meldebogen Herr W. K. G., geb. 1925, 23.4.1946. In: StAL, EL 901/20 Bü 200.

94 Meldebogen Herr R. E., geb. 1919, 4.4.1946. In: StAL, EL 901/6 Bü 17. Siehe auch Meldebogen Herr H. E., geb. 1917, 13.4.1946. In: StAL, EL 901/6 Bü 17.

95 Vgl. ausführlich zu dem Schicksal dieser Gruppen Beate Meyer: Jüdische Mischlinge. Rassenpolitik und Verfolgungserfahrung 1933–1945. Hamburg 1999; Maximilian Strnad: Privileg Mischehe? Handlungsräume „jüdisch versippter“ Familien 1933–1945. Göttingen 2021.

96 Strnad: Privileg, S. 360, S. 451.

97 Meldebogen Frau E. G., geb. 1897, 23.4.1946. In: StAL, EL 901/20 Bü 200.

98 Meldebogen Herr G. F. G., geb. 1884, 23.4.1946. In: StAL, EL 901/20 Bü 200.

99 Meldebogen Frau L. G., geb. 1893, 18.4.1946. In: StAL, EL 901/20 Bü 200.

100 Meldebogen Herr G. G., geb. 1892, 18.4.1946. In: StAL, EL 901/20 Bü 200. Mit dem KZ ist wahrscheinlich das Lager Schandelah im Landkreis Wolfenbüttel gemeint, das als Außenlager des Konzentrationslagers Neuengamme fungierte (vgl. Marc Buggeln: Schandelah. In: Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager, Bd. 5: Hinzert, Auschwitz, Neuengamme, hg. v. Wolfgang Benz und Barbara Distel. München 2007, S. 520–525).

noch im Reich verbliebenen, arbeitsfähigen Juden nach Theresienstadt zu deportieren.¹⁰¹

Andere Familien brachen infolge der Rassenpolitik auseinander. Ein Familienvater berichtete: „Meine Frau[,] die 1933 gestorben ist[,] war Jüdin. Mein Sohn wurde 1933 als Halbjude aus dem Staatsdienst entlassen. Er musste 1938 auswandern“.¹⁰² Manche Personen erzählten ambivalente Geschichten. So schrieb eine Frau, die in Aalen ein kaufmännisches Geschäft besaß und Mitglied in verschiedenen NS-Gliederungen gewesen war, sie sei mit einem „Juden“ verheiratet gewesen, der „ins K. Z. Dachau“ gekommen war und „Aalen verlassen“ habe.¹⁰³ Sie selbst habe das „Geschäft“, das 1945 geplündert worden sei, „trotz aller Anfeindungen und Schikanen weitergeführt.“¹⁰⁴ Was aus ihrem Mann geworden war, blieb unklar. Möglicherweise hatte sie inzwischen wieder geheiratet, denn sie trug einen anderen Namen als ihr jüdischer Partner. Es ist nicht ausgeschlossen, dass diese Kauffrau ihren (ehemaligen?) Mann lediglich erwähnte, um die angebliche Distanz zwischen dem Regime und ihrer Existenz zu beglaubigen. Überhaupt ist allein durch den gelegentlichen Hinweis auf als jüdisch geltende Ehepartner oder Verwandte keineswegs sichergestellt,¹⁰⁵ dass nicht auch diese Menschen mindestens temporär vom Nationalsozialismus oder der Politik Hitlers angetan gewesen sein mochten.¹⁰⁶ Aber grundsätzlich dürfte die Erfahrung der Betroffenen eine andere gewesen sein, nämlich eine von verpassten Lebenschancen, sozialer Isolation, Erwartungsunsicherheit, Todesangst, Trauer, Leid sowie „Unterdrückung und Angst“¹⁰⁷. Für die Überlebenden war der Meldebogen sicher beides: ein empörendes Ärgernis, sich nach all dem, was man erlebt hatte, auch noch vor einer deutschen Behörde rechtfertigen zu müssen, zum anderen aber auch eine Möglichkeit, ihre Geschichte überhaupt andeutungsweise erzählen zu können.

101 Strnad: Privileg, S. 326–353.

102 Meldebogen Herr E. B., geb. 1872, 24.4.1946. In: StAL, EL 901/3 Bü 75. Siehe für einen ähnlichen Fall auch Meldebogen Herr Dr. H. G., geb. 1894, 23.4.1946. In: StAL, EL 901/20 Bü 200.

103 Meldebogen Frau H. H., geb. 1899, 27.4.1946. In: StAL, EL 901/1 Bü 10.

104 Meldebogen Frau H. H., geb. 1899, 27.4.1946.

105 Vgl. für einen solchen Hinweis etwa Meldebogen Frau M. E., geb. 1893, 5.12.1946. In: StAL, EL 901/6 Bü 17.

106 Vgl. etwa die sensible Analyse eines solchen Falles anhand des Tagebuchs der deutschnationalen Hamburgerin Luise Solmitz, die mit einem als „Jude“ eingeordneten Mann verheiratet war, bei Michael Wildt: *Zerborstene Zeit. Deutsche Geschichte 1918 bis 1945*. München 2022, bes. S. 13, 35, 42, 242 f., 250, 257f., 262, 271, 273f., 276, 283, 286, 313, 316–318, 329, 335f., 350, 353, 364, 378, 436, 472, 476, 482f., 498–500, 515–517.

107 Strnad: Privileg, S. 445–451, Zitat S. 364.

4 Fazit

Mit welchen Geschichten bewarben sich die Menschen in den Meldebögen um die Teilnahme an der Demokratie oder zumindest um einen sanktionslosen Fortgang ihres Lebens? Zunächst ist festzustellen, dass in den hier ausgewerteten Quellen niemand offen für den Nationalsozialismus eintrat. Stattdessen griffen die Menschen bei aller Pluralität ihrer Erfahrungen und Lebensverläufe auf einige Erzählmuster zurück, die sich aus den Quellen gewinnen lassen. Das Machtmittel „Meldebogen“ legte dabei vor allem ein Muster nahe, nämlich eine um Eindeutigkeit bemühte Kontinuitätserzählung, die das tausendjährige Reich schlicht überbrückte. In ihren rudimentären oder fragmentarischen Biografien boten die Menschen deshalb möglichst einfache Dichotomien an, um möglichst knapp auf den Punkt zu bringen, dass sie keine Nazis gewesen seien. Die Deutschen waren – folgt man der Logik der Meldebogenerzählungen – zu unpolitisch, zu resistent oder zu christlich gewesen, um wirklich als Nazis gelten zu können. Sie hatten nicht Geschichte geschrieben, sondern diese hatte sich um sie herum vollzogen und sie zu passiven Opfern oder Duldern der Diktatur gemacht. In den wenigen Konversionserzählungen deuten sich komplexere Geschichten an, die zeigen, dass der Nationalsozialismus mindestens anfänglich auch als attraktive Alternative für Deutschland wahrgenommen worden war. Aber das Risiko selbst dieses Eingeständnisses erschien den meisten Menschen offenbar zu hoch, wollten sie doch möglichst unbeschadet durch das Verfahren kommen. Nur gelegentlich finden sich Eingeständnisse von Scham oder (Teil-)Schuld.

Für diejenigen, die während des ‚Dritten Reiches‘ in Konzentrationslagern und Gefängnissen gesessen hatten, bot das Verfahren dagegen die Möglichkeit, diese Erfahrungen nun in Wert zu setzen oder aber überhaupt erst von ihren Leidenserfahrungen zu erzählen. Dies gilt gerade für die Überlebenden der Gruppe, die aus weltanschaulichen oder ‚rassischen‘ Gründen verfolgt worden waren. Für sie war es sicher besonders empörend, sich nun rechtfertigen zu müssen, aber zugleich bestand hier auch das Potenzial vom eigenen Leid zu erzählen.

Die untersuchte Masse an Meldebögen zeigt, dass etliche Menschen verstanden hatten, wie jetzt unter politisch veränderten Vorzeichen über das ‚Dritte Reich‘ zu sprechen war. Im Frühjahr 1946 war es kaum mehr möglich, offen Partei für den Nationalsozialismus zu ergreifen. Man mag das verzweifelte Bemühen darum, kommunikativ anschlussfähig zu bleiben und biografisches Kapital zu erhalten oder zu gewinnen negativ als bloßen Opportunismus abtun, man könnte aber auch positiv von Flexibilität, Umdenken oder Lernprozessen sprechen. Damit waren die Individuen aber auch in gewisser Hinsicht auf ihre offiziellen Biografien festgelegt. Viele glaubten möglicherweise sogar an das, was sie nun in die

Bögen eintrugen. Der Fragebogen führte jedem vor Augen, dass der neu entstehende demokratische Staat auch sein eigenes Leben ins Visier nahm und mindestens eine Abkehr vom Nationalsozialismus oder gar ein Bekenntnis zur Demokratie erwartete. Damit wurden die Regeln des Sagbaren verändert. Unabhängig vom jeweiligen Wahrheitsgehalt der erzählten Geschichten stiftete das Verfahren Erwartungssicherheit hinsichtlich des Umgangs mit dem ‚Dritten Reich‘ und seiner Weltanschauung.

Aus dieser Sicht erscheint der schlechte Ruf der individualisierenden Entnazifizierung nur zum Teil berechtigt. Mit ziemlicher Sicherheit kamen (zu) viele der Verantwortlichen für die verbrecherische Politik des Regimes zu leicht davon. Aber die Entnazifizierung bedeutete doch eine Abkehr vom Nationalsozialismus und eine Hinwendung zur Demokratie in den offiziellen Selbsterzählungen zahlreicher Menschen. Auf dieser Basis konnte das demokratische Projekt aufgebaut und abgesichert werden bis dann schließlich das sogenannte Wirtschaftswunder, die Bereitschaft der Westmächte zur Zusammenarbeit, eine stabile Parteiendemokratie und schlichte Gewöhnung zur Legitimation des neuen Staatswesens beitrugen. Unabhängig von den Fragen nach den Faktoren des Erfolgs- oder Misserfolgs der Demokratiegründung und der Aufarbeitung der NS-Vergangenheit lassen sich die Entnazifizierungsakten auch dafür nutzen, Fragen danach zu stellen, wie und mit welchen narrativen Mustern Menschen ihr Leben unter bestimmten Bedingungen erzählen.